



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Zahl: PrsG-192.10
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 20.11.1997

An das
Bundesministerium für
Inneres
Herrengasse 7
A-1014 Wien

Auskunft:
Dr. Anton Kessler
Tel.: 05574/511-2066

Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.	83 -GE/19. P7
Datum:	27. NOV. 1997
Verteilt	28. NOV. 1997

Mag. Michaelitsch

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird;
Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 21. Oktober 1997, GZ. 76.201/153-SL IV/97

Die Beibehaltung des bisherigen vorläufigen Aufenthaltsrechtes wird für zweckmäßiger erachtet. Die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt dürfte schwach ausgeprägt sein, weil sie in der Regel nur gering qualifizierte Tätigkeiten ausüben.

Für die Vorarlberger Landesregierung

Mag. Siegi Stemer, Landesrat

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 Wien
(22-fach)
- c) An das
Präsidium des Bundesrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien
- d) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 Wien
- e) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. Herrn Landesamtsdirektor
- f) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landesregierung
1014 Wien
- g) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 Innsbruck

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesamtsdirektor

Dr. Brandtner

F.d.R.d.A.
